



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

IAPÖ-Resilienz Konzept für Öl & Gas

Ein dritter Weg zwischen Staatswirtschaft und Blindflug des Marktes

**RESILIENZ STATT REAKTION:
DER DRITTE WEG FÜR ÖL & GAS**
Sicherheit organisieren – Markt nutzen – Versorgung sichern

ÖL-FERTIGPRODUKTE Strategische Produktreserve	GAS Permanente Versorgungsreserve
SICHERHEITSRESERVE 60 Tage Notfalllager (Mangellagen)	15 TWh Staatsreserve für Haushalte & kritische Infrastruktur
PRODUKTRESERVE 30 Tage Benzin, Diesel, Heizöl (rotierend)	10 TWh flexible Marktreserve für Industrie & Versorger
Aktive Stabilisierungstranche (30 Tage)	Gesicherte Import-Kapazitäten diversifiziert & vertraglich abgesichert
733 Mio. L gesamt / Monat	
183 Mio. L Benzin / Monat	
548 Mio. L Diesel / Monat	

UNSERE PRINZIPIEN – TRANSPARENT & MARKTKONFORM

Private Umsetzung Einbindung bestehender Anbieter (Lager, Tankstellen)	Klare Regeln gesetzliche Trigger & Transparenz	Transparenter Einsatz offene Daten & Kostenlegung	Antizyklisch & gezielt Einkauf niedrig, Abgabe in Krisen	EU-konform rechtssicher & wettbewerlich
Physische Sicherheit	Preisstabilität in Krisen	Versorgung auch in Engpässen	Resilienz ohne Marktverzerrung	

Resilienz entsteht nicht durch Eingriffe in Preise – sondern durch Sicherung von Verfügbarkeit.

Reinhard Fellner



Leitidee des IAPÖ:

Österreich braucht weder vollständige staatliche Preissteuerung noch ein reines Laissez-faire-Modell. Sinnvoll ist ein **hybrides Resilienzmodell**: Der Staat finanziert und regelt strategische Puffer, die private Infrastruktur übernimmt Lagerung, Rotation und Auslieferung. So werden Versorgungssicherheit und Preisstabilität verbessert, ohne den Markt dauerhaft zu verdrängen. Das ist gerade für Österreich plausibel, weil es bei Öl bereits EU-rechtlich verpflichtende Sicherheitsbestände gibt und bei Gas schon heute über außergewöhnlich große Speicher auf eigenem Staatsgebiet verfügt.

1. Öl-Fertigprodukte: vom Pflichtlager zur intelligenten Produktreserve

Die EU verpflichtet Mitgliedstaaten, jederzeit Ölnotstandsbestände in Höhe von mindestens **90 Tagen durchschnittlicher Nettoimporte oder 61 Tagen Binnenverbrauch** zu halten; Österreich hält seine Notstandsbestände vollständig im Inland. Das ist ein starkes Fundament, aber noch kein gutes Krisenmanagement für Verbraucher, weil Pflichtlager vor allem auf **Versorgungssicherheit**, nicht auf **gezielte Preisglättung bei Fertigprodukten** ausgerichtet sind. Das IAPÖ schlägt daher vor, die österreichische Ölbevorratung in ein **Zwei-Säulen-Modell** umzubauen: eine unantastbare Sicherheitsreserve und eine marktnah rotierende Produktreserve für Benzin, Diesel und Heizöl.

Konkret sollte Österreich die vorhandene Pflichtbevorratung funktional aufteilen:

Ein Kern von **60 Tagen** bleibt reine Sicherheitsreserve und wird nur bei physischer Mangellage freigegeben. Zusätzlich werden **30 Tage** als **rotierende Fertigproduktreserve** organisiert, die tatsächlich in den für Haushalte und Wirtschaft kritischen Produkten gehalten wird. Bei einem österreichischen Kraftstoffverbrauch von rund **8,8 Milliarden Litern 2024** entspricht das etwa **733 Millionen Litern pro Monat**; eine 30-Tage-Stabilisierungstranche läge also in dieser Größenordnung. Diesel macht dabei rund **548 Millionen Liter pro Monat**, Benzin rund **183 Millionen Liter pro Monat** aus. Damit wäre erstmals ein Instrument vorhanden, das nicht nur "irgendwelche Ölmengen", sondern tatsächlich krisenrelevante Fertigprodukte rasch an Tankstellen und Großverbraucher bringen kann.

Der entscheidende Vorteil: Österreich müsste **nicht bei null beginnen**, weil die Grundbevorratung rechtlich und infrastrukturell bereits existiert. Der fiskalische Mehrbedarf entstünde vor allem durch **höheren Anteil an Fertigprodukten statt Rohöl**, zusätzliche Rotation, Qualitätsmanagement und vertragliche Verfügbarkeit. Das minimiert einen der größten



Nachteile staatlicher Lagerpolitik: den sehr hohen Kapitalbedarf eines komplett neuen Bestandsaufbaus.

2. Wie dieses Öl-Modell die Nachteile minimiert

Der klassische Einwand gegen staatliche Vorräte lautet: falsches Timing, Marktverzerrung, politische Willkür. Genau deshalb darf der Staat **nicht selbst flächendeckend Händler spielen**. Das IAPÖ-Modell sieht vor, dass Mineralölunternehmen, Lagerhalter und Tankstellennetze die staatlich finanzierte Reserve **im Rahmen offener Ausschreibungen** lagern, rotieren und in Krisen ausliefern. Der Staat definiert nur Produktmix, Mindestverfügbarkeit, Freigaberegeln und zulässige Finanzierungsaufschläge. So nutzt man bestehende Infrastruktur und Marktkenntnis, ohne privaten Wettbewerb zu ersetzen. Das entspricht auch dem österreichischen Grundmuster bei Gas, wo bereits per Ausschreibung eine strategische Reserve beschafft wurde.

Die Freigabe sollte **nicht politisch nach Tageslaune** erfolgen, sondern automatisch an klaren Triggern hängen, etwa bei schweren Importstörungen, Raffinerieausfällen oder außergewöhnlichen Preisaufschlägen gegenüber einem transparenten Referenzband. So verhindert man, dass die Reserve im Normalbetrieb den Markt kaputtmacht. Der Tankstellenverkauf aus der Reserve darf nur gegen eine **Verpflichtung zu stabilisierten Endpreisen mit offen gelegter Marge** erfolgen. Das Ziel ist also nicht Billigpreis-Populismus, sondern temporäre **Preisspitzen-Glättung**.

3. Gas: von der passiven Speicherfüllung zur aktiven Versorgungsreserve

Bei Gas ist die Ausgangslage sogar besser. Österreich verbrauchte 2024 laut E-Control **74,4 TWh** Erdgas. Gleichzeitig verfügt es über rund **100 TWh** Speicherkapazität auf eigenem Staatsgebiet; im Präventionsplan wird festgehalten, dass die Speichergröße ungefähr einer Jahresnachfrage entspricht. Zusätzlich existiert bereits eine **strategische Gasreserve von 20 TWh**, deren Rechtsrahmen laut AGGM derzeit bis **1. April 2027** gilt. 20 TWh entsprechen rund **26,9 %** des österreichischen Jahresverbrauchs 2024 oder etwa **3,2 durchschnittlichen Monatsverbräuchen**.

Das IAPÖ schlägt vor, dieses Provisorium in ein **permanentes Drei-Ebenen-Modell** zu überführen:

Erstens eine **geschützte physische Staatsreserve von 15 TWh** für Haushalte, kritische



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

Infrastruktur und Fernwärme.

Zweitens eine **marktnahe Flexibilitätsreserve von 10 TWh**, die über Auktionen an Versorger und Industrie vergeben wird, aber nur mit klaren Wiederbefüllungs- und Abrufregeln.

Drittens eine **vertragliche Import- und Transportreserve**, also abgesicherte Kapazitäten über westliche und südliche Routen, damit nicht nur Moleküle im Speicher liegen, sondern sie im Krisenfall auch physisch ankommen und ausgespeist werden können. Das Modell kombiniert damit Speicher, Lieferweg und Lastpriorisierung.

4. Warum das besser ist als Preisdeckel oder reine Marktlogik

Ein Preisdeckel lindert Symptome, aber erhöht das Risiko, dass in der Krise zu viel verbraucht und zu wenig investiert wird. Reine Marktlogik wiederum liefert in geopolitischen Schocks oft zwar noch Preise, aber keine gesellschaftlich tragfähige Stabilität. Das IAPÖ-Modell setzt daher am **physischen Kern der Versorgung** an: Verfügbarkeit zuerst, Preisglättung zweitens. Bei Öl bedeutet das rasch abrufbare Fertigprodukte, bei Gas gesicherte Volumina plus Route. Genau so wird Resilienz aufgebaut: nicht durch Autarkie, sondern durch **Puffer, Diversifikation und vorher festgelegte Krisenmechanismen**. Die EU selbst begründet ihre Öl- und Gasspeicherregeln ausdrücklich mit Versorgungssicherheit in Krisen.

5. Größenordnung der Finanzierung

Der große Vorteil des Third-Way-Modells ist, dass die öffentliche Hand nicht zwingend den gesamten Krisenbestand zusätzlich kaufen muss. Bei Öl kann Österreich einen erheblichen Teil auf Basis der bereits verpflichtenden Bestände funktional umbauen; bei Gas existiert die Speicherinfrastruktur bereits und eine 20-TWh-Reserve wurde schon einmal beschafft. Der Staat zahlt daher vor allem für **Kapitalbindung, Lagerung, Rotation, Verfügbarkeitsprämien und Krisendistribution**. Das ist wesentlich günstiger als eine vollständige Verstaatlichung des Handels.

Als **arbeitsfähige IAPÖ-Richtgröße** würde ich rechnen:

Für Öl eine Produktreserve von etwa **1 Monatsverbrauch** an Kraftstoffen als aktive Stabilisierungstranche; für Gas eine dauerhafte Staatsreserve von **15 TWh plus 10 TWh** flexibilisierte Marktreserve. Das ist groß genug, um echte Krisen zu glätten, aber klein genug, um keine Vollkasko-Mentalität und keine dauerhafte Verdrängung privater Anbieter zu erzeugen.



6. Governance: so werden Fehlanreize vermieden

Damit das Modell nicht in Subventionismus kippt, braucht es fünf harte Regeln:

Erstens:

offene, diskriminierungsfreie Ausschreibungen für Lagerung, Rotation und Belieferung.

Zweitens:

automatische, gesetzlich definierte Trigger für Freigabe und Wiederbefüllung.

Drittens:

vollständige Transparenz über Volumina, Kosten und Aufschläge.

Viertens:

Preisbindung nur für staatlich freigegebene Mengen, nicht für den Gesamtmarkt.

Fünftens:

EU-rechtliche Einbettung, damit keine Beihilfe- und Wettbewerbsprobleme entstehen.

So bleibt der Staat Sicherheitsarchitekt, ohne selbst zum dominanten Händler zu werden.

7. IAPÖ-Urteil

Das IAPÖ empfiehlt für Österreich einen dritten Weg:

nicht Marktromantik, nicht Staatsdirigismus, sondern eine **staatlich finanzierte, privat umgesetzte Resilienz Architektur für Öl-Fertigprodukte und Gas**. Österreich hat dafür außergewöhnlich gute Voraussetzungen: bei Öl bereits verpflichtende Sicherheitsbestände im Inland, bei Gas Speicher in Jahresverbrauchsgröße und Erfahrung mit einer 20-TWh-Reserve. Die eigentliche Reformaufgabe besteht daher nicht darin, völlig neue Systeme zu erfinden, sondern die vorhandenen Sicherheitsinstrumente in **intelligente, krisenfeste und marktschonende Reserve-Modelle** umzubauen.

Kernsatz des IAPÖ:

Resilienz entsteht nicht dadurch, dass der Staat den Markt ersetzt, sondern dadurch, dass er Verfügbarkeit organisiert, bevor der Markt versagt.